

inform



Gemeinsam gestalten

**Politische Bildung für eine vielfältige
und engagierte Gesellschaft**



Arbeitsgemeinschaft
katholisch-sozialer Bildungswerke
in der Bundesrepublik Deutschland e.V.

Inhalt – Partizipation



Editorial Gunter Geiger	3
Auch digitale Demokratie braucht Demokrat*innen	4
Partizipation und Engagement in einer digitalisierten Gesellschaft	6
Partizipation als Notwendigkeit für eine multiperspektivische Erinnerungskultur	7
Die sozial-ökologische Transformation mit ALLEN gestalten	8
Junge Menschen mehr und früher beteiligen	10
Von „Teil sein“ und „Teil werden“	12
Haste was, biste was: Über die Bedeutung von Chancen für Jugendliche mit Bildungsnachteilen	14
Inklusion darf kein Randphänomen sein	17
Impressum	20

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

die Herausforderungen für unsere Gesellschaft sind enorm und vielen Menschen fehlt die Fähigkeit, mit Komplexität umgehen zu können. Politische Bildung spielt dabei eine entscheidende Rolle, denn sie befähigt uns, politische Zusammenhänge zu verstehen, kritisch zu denken und unsere Rechte und Pflichten als Bürgerinnen und Bürger zu kennen. Sie vermittelt uns die Fähigkeiten, unsere Meinung zu bilden, Diskurse zu führen und Veränderungen anzustoßen. Denn erst wenn Menschen „mitgenommen“ werden, einen Sachverhalt verstehen, sind sie bereit, sich aktiv zu beteiligen.

Die digitale Transformation erfordert zusätzliche Hilfen. Partizipation bedeutet nicht nur, am Rand zu stehen und Entscheidungen zu akzeptieren, sondern aktiv an der Gestaltung unserer Gesellschaft teilzuhaben und mitzuwirken. Daher ist es von entscheidender Bedeutung, dass wir durch politische Bildung die Partizipation fördern, um eine starke und inklusive Demokratie aufzubauen. Dieser Anspruch betrifft alle Menschen, die in unserer Gesellschaft leben, unabhängig von kultureller, geschlechtlicher oder sonstiger Identität.

Da für die AKSB Partizipation ein Ziel von politischer Bildung ist, fördern wir dies in Projekten und Schwerpunkten! Einen Teil der vielfältigen Herausforderungen, wie sie beispielsweise bei der Teilhabe von Menschen unter Vollbetreuung bestehen, können Sie in diesem *inform* nachlesen.

Partizipation wird auch das Thema unserer diesjährigen Jahrestagung im Ludwig-Windthorst-Haus in Lingen sein. Unter dem Titel „Partizipation und Engagement in einer digitalisierten Gesellschaft“ möchten wir die Verbindung zwischen Partizipation und politischer Bildung stärken. Wir glauben fest daran, dass ein umfassendes Verständnis von Politik und demokratischen Prozessen die Grundlage für eine aktive Beteiligung schafft.



Unsere Jahrestagung wird sich mit partizipativen Prozessen im digitalen Raum befassen und darauf eingehen, welche Chancen und Herausforderungen damit einhergehen. Wir werden darüber diskutieren, wie digitale Technologien genutzt werden können, um den Zugang zur politischen Bildung und Engagement zu verbessern und Menschen dazu ermutigen, sich aktiv einzubringen. In einem Barcamp können alle Teilnehmenden ihre eigenen Themen und Fragen einbringen, Diskussionen anstoßen und gemeinsam Lösungsansätze entwickeln. Ich möchte Sie ermutigen, an diesem agilen Format teilzunehmen. Bringen Sie Ihre Ideen, Erfahrungen und Fragen mit und nehmen Sie aktiv an den Diskussionen teil, um gemeinsame Lösungen zu entwickeln.

Ich lade Sie schon jetzt herzlich ein, gemeinsam mit uns den Weg zu einer stärker partizipativen und demokratischen Gesellschaft zu gestalten.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr Gunter Geiger

Auch digitale Demokratie braucht Demokrat*innen

Auf dem Fachtag zum Thema „Mit digitalen Kompetenzen die Demokratie stärken! Chancen und Grenzen digitaler politischer Bildung“ kamen rund 50 Expert*innen aus Politik, Wissenschaft, Bildungspraxis und Wirtschaft zusammen. Wieder mal wurde deutlich: Medientraining und politische Bildung müssen viel stärker in der formalen Bildung verankert werden.

Die Rolle der politischen Bildung machte Gunter Geiger, Vorsitzender der AKSB, gleich zu Beginn deutlich: Sie sei in diesem Kontext besonders gefordert, präventive Maßnahmen und Gegenstrategien zu entwickeln. Insbesondere pädagogische Fachkräfte aus dem sozialen Sektor bräuchten gezielte Unterstützung in pädagogischer Medienarbeit, ergänzte Kathrin Kuhnert von der Medienanstalt Hessen. Eine ständige Qualifizierung dieser Fachkräfte auf dem Gebiet der politischen Bildung, der Medienbildung und Pädagogik sei von essenzieller Bedeutung.

Im Diskurs widmeten sich die Teilnehmenden Chancen und Grenzen digitaler politischer Bildung, aber auch akuten Gefährdungen der Demokratie durch antidemokratische und antisemitische Verschwörungserzählungen. Aus Sicht der Vorsitzenden der Gesellschaft für Medienpädagogik und Kommunikationskultur (GMK), Sabine Eder, seien Fake News mittlerweile so gut aufbereitet, dass sie nicht mehr ohne forensische Kenntnisse erkennbar seien. Schockierend sei die Reaktion von Jugendlichen, denen Fake News oftmals egal seien.

Marlene Schönberger (Bündnis 90/Die Grünen, MdB): „Politische Bildung und Medienkompetenz müssen fester Bestandteil der Lehrpläne an Schulen und Universitäten werden.“

Aus Sicht der Politik muss Medienbildung als eine schulfachübergreifende Querschnittsaufgabe in den Lehr- und Bildungsprogrammen der Bundesländer verankert werden. Bundestagsabgeordnete Marlene Schönberger von Bündnis 90/Die Grünen wünschte sich konkrete Fortbildungsprogramme für Lehrer*innen.

Petra Pau, Bundestagsabgeordnete (Die Linke), forderte ein Medienkompetenztraining in der Ausbildung von Erzieher*innen und Lehrkräften sowie verpflichtende Fortbildungsangebote nach dem

Petra Pau (Die Linke, MdB): „Es muss auch die Zeit geschaffen werden, damit sich weitergebildet werden kann!“

Einstieg in den Beruf. Verstärkt benötige es die Förderung von interaktiven und partizipativen digitalen Bildungsformaten, an der sich die Zielgruppen selbst beteiligen und dabei miteinander interagieren könnten.

Der digitalpolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Maximilian Funke-Kaiser, brachte mit der Möglichkeit, Straftaten aus dem digitalen Raum zu melden, einen weiteren Aspekt ein. Bürger*innen und insbesondere junge Menschen sollten dazu ihre Rechte im Internet kennen.

Trotz aller Gefährdungsszenarien dürfe aus Sicht der SPD-Bundestagsabgeordneten Saskia Esken das Digitale nicht nur dystopisch gesehen werden. Es sei auch eine Chance für die Demokratie. Überzeugte Demokrat*innen bräuchten aber die Erfahrung, dass das Recht sie schützt, wenn sie sich frei im Rahmen des Grundgesetzes äußerten.

Hoffnungen setzten alle Parlamentarier*innen auf das kommende Demokratiefördergesetz, von dem sie sich eine stetigere Förderung von politischen Bildungsprogrammen im Bereich der Medienkompetenzförderung erwarten. Solche Bildungsprogramme konnte das Projekt „Demokratie leben!“ bereits etablieren.

Dr. Roman Poseck, Hessischer Justizminister, zeigte Möglichkeiten und Grenzen des Strafrechts in der Bekämpfung von Hass, Hetze und Fake News. Zu der schwierigen Beurteilung, wie weit die Meinungs-

Maximilian Funke-Kaiser (FDP, MdB): Digitalisierung ermöglicht eine größere Teilhabe von Menschen am gesellschaftlichen Geschehen und an der Demokratie.“



Marlene Schönberger, Maximilian Funke-Kaiser, Petra Pau und Saskia Esken (v. l. n. r.)
erörterten Chancen und Bedarfe digitaler politischer Bildung. Bild: Andi Weiland

freiheit reicht, komme, dass viele Täter*innen im Netz unentdeckt blieben. In der strafrechtlichen Debatte seien zurzeit die Aufhebung der Anonymität durch Klarnamen, die Einführung einer Strafvorschrift für Fake News sowie die Erweiterung des §130 StGB, die eine Leugnung von Kriegsverbrechen unter Strafe stellen soll.

Aus wissenschaftlicher Perspektive sieht Dr. Sven Kommer, Sprecher der Initiative „Keine Bildung ohne Medien!“, die Notwendigkeit, bereits heute für die Medien auszubilden, die es in 30 oder 40 Jahren geben wird.

Wie politische Bildung und Medienbildung gemeinsam Demokratie stärken können, zeigten die Praxisbeispiele von Anna-Lena von Hodenberg, Geschäftsführerin von HateAid, Daniel Hildebrand, Projektleiter News Caching von medienblau und

Saskia Esken (SPD, MdB): „Auch eine digitale Demokratie braucht Demokraten und Demokratinnen!“

Vicky Lessing von Hidden Codes, einem Projekt der Bildungsstätte Anne Frank e.V.

Als Resümee hielten Professor Andreas Büsch, Clearingstelle Medienkompetenz der Deutschen Bischofskonferenz, und Markus Schuck von der AKSB fest: Politische Bildung braucht Medienbildung, um in einer medialisierten Gesellschaft die notwendige kritische Kompetenz zu vermitteln, um künstlich generierte, ebenso wie gefälschte oder falsch kontextualisierte Artefakte zu entlarven. Und Medienbildung braucht politische Bildung, um die problematischen Einflüsse von Filter-Bubbles und Desinformation auf das demokratische Gemeinwesen angemessen adressieren und auf politisches Engagement hin deuten zu können.

Fachtagung im Rahmen des bpb-Förderprogramms „Demokratie im Netz“

Die Fachtagung fand am 30. März 2023 in der Hessischen Landesvertretung in Berlin als Teil der Reihe *mepodi: Medienbildung – politisch und digital* statt. Diese wird von der AKSB seit über zehn Jahren in Kooperation mit der Katholischen Akademie in Fulda, der Medienanstalt Hessen und der Clearingstelle Medienkompetenz der Deutschen Bischofskonferenz getragen. In diesem Jahr war sie Teil des AKSB-Projekts *Aus Erfahrung gut* im bpb-Förderprogramm „Demokratie im Netz“.

mepodi.de

Partizipation und Engagement in einer digitalisierten Gesellschaft

Statt klassischer Beteiligungsforen nutzen immer mehr Menschen digitale Wege, um sich einzubringen oder mitzuteilen. Die AKSB-Jahrestagung 2023 wird daher genau dies zum Thema machen und die Frage aufwerfen, was diese Veränderung in der Art der Beteiligung für die politische Bildung bedeutet. Und mit welchen Methoden Partizipation gelernt werden und gelingen kann.

Partizipation im Feld der politischen Bildung ist mehr als eine Worthülse. Als Grundstock einer demokratischen Gesellschaft ist sie ein essenzieller Bestandteil im politischen Bildungssektor. Durch die Digitalisierung haben sich neue Möglichkeiten eröffnet, Bürger*innen aktiv in politische Entscheidungen einzubeziehen und zu mobilisieren. Diese neue Entwicklung nimmt die AKSB in Kooperation mit dem Ludwig-Windthorst-Haus (Lingen) zum Anlass, mit Kolleg*innen und Vertreter*innen der politischen Bildung während der Jahrestagung am 27. und 28. November 2023 neue Möglichkeiten und Herausforderungen der Partizipation unter die Lupe zu nehmen.

In einer demokratischen Gesellschaft mit legitimen politischen Prozessen werden Partizipation und Engagement auf verschiedene Weise angeregt – sei es im Kontext schulischer Partizipation, als Wahlbeteiligung oder in Beteiligungsverfahren wie Bürgerforen. Hier stehen sich jedoch die rückläufige Bereitschaft zum klassischen partizipativen Engagement der Bürger*innen und die wachsende Nachfrage nach Möglichkeiten zur digitalen Partizipation konträr

gegenüber. Angetrieben durch den Digitalisierungsschub hat sich das Spielfeld der politischen Partizipation und des Engagements stark geändert und birgt gleichzeitig neue Herausforderungen. Anstelle eines Gangs zum lokalen Bürgerforum ist nun viel mehr der Griff zum Smartphone und die Teilnahme an digitalen politischen Diskussionen in Social-Media-Kanälen Modus Operandi.

Als Konsequenz werden Multiplikator*innen in der politischen Bildung herausgefordert, neue und kreative Arten von Partizipationsmöglichkeiten zu entwickeln und somit das Interesse der Bürger*innen zur partizipativen Teilnahme an politischen Diskursen und Prozessen zu wecken. Hierbei gilt es stärker als je zuvor, über den Tellerrand zu schauen und Partizipation und Engagement nicht mehr in rein analogen Strukturen zu betrachten.

Die diesjährige Jahrestagung der AKSB bietet ausreichend Raum, gemeinsam in den Fachdiskurs zu Partizipation und Engagement in der heutigen digitalisierten Gesellschaft zu treten und der Frage nachzugehen, wie der Beitrag der politischen Bildung zu erfolgreicher Beteiligung in der Demokratie zukünftig aussehen sollte.

Aufruf zum Barcamp:

Nicht nur teilnehmen. Gestalten Sie mit und werden Sessiongeber*in!

Herzlichst laden die AKSB und das Ludwig-Windthorst-Haus zum aktiven Mitgestalten des AKSB-Barcamps ein. Ein Barcamp ist eine offene, partizipative und informelle Methode, in der Teilnehmer*innen ihr Wissen und ihre Erfahrungen oder auch ihre Projekte und Learnings zum Thema teilen und gemeinsam in unterschiedlichen Sessions diskutieren können. Dabei stellen die Teilnehmer*innen zu Beginn des Barcamps ihre Ideen für eine Session vor. Sobald mindestens eine Kleingruppe Interesse am Thema hat, findet die Session statt. So entsteht vor Ort ein buntes Programm durch die Mitwirkung aller Sessiongeber*innen.

Sie haben Ideen, Best-Practice Beispiele, besondere Herausforderungen und Fragestellungen für einen thematischen Austausch in Bezug auf Partizipation und Engagement in einer digitalisierten Gesellschaft? Bringen Sie Ihren Themenbeitrag gerne aktiv in das Barcamp ein! In den nächsten Wochen folgen nähere Informationen dazu auf unserer Website [aksb.de](https://www.aksb.de).



Partizipation als Notwendigkeit für eine multiperspektivische Erinnerungskultur

Identitätsdiskurse und historisch-politische Bildung mögen nach Vergangenheit klingen, sind aber im ständigen Fluss und leben von Partizipation. Die Hintergründe erklärt Frieda Himstedt, die den thematischen Schwerpunkt leitet.

Partizipation ist eines der großen Wörter in der politischen Bildung, das immer wieder in unterschiedlichen Kontexten gebraucht, gefordert und gefördert wird oder werden soll. Auf der Hand liegt dabei der Zusammenhang zum Beispiel mit der Demokratiebildung oder mit inklusiven Ansätzen in der politischen Bildung. Nicht ganz so intuitiv scheint die Verbindung von Partizipation und dem AKSB-Schwerpunkt *Identitätsdiskurse und historisch-politische Bildung*. Und das, obwohl Partizipation ein zentraler Punkt in der historisch-politischen Bildung ist. Besonders deutlich wird dies beim Thema Erinnerungskultur.

Erinnerungskultur ist abhängig von gesellschaftlichen Werten und Normen und in ihrer Ausgestaltung eine höchst politische Angelegenheit. An was wir erinnern, ist keineswegs statisch, sondern wird immer wieder durch neue Fragen und Herausforderungen geformt. Herausforderungen für die Erinnerungskultur sind beispielsweise das Versterben von Zeitzeug*innen aus der Zeit des Nationalsozialismus oder geschichtsrelativierende Aussagen. Zudem wird Erinnerungskultur immer wieder grundlegend angegriffen und ihre Existenzberechtigung infrage gestellt, etwa wenn Forderungen nach einem „Schlussstrich“ bezüglich der Erinnerung an die Verbrechen des Nationalsozialismus laut werden.

Ein Verständnis für die Notwendigkeit von Erinnerungskultur kann nur erreicht werden, wenn diese auch auf gesellschaftliche Veränderungen und Bedarfe reagiert – hierzu braucht es Partizipation. Die aktive Beteiligung unterschiedlicher Menschen am Aushandlungsprozess um Erinnerungskultur ermöglicht es, die Relevanz von Erinnerungskultur

für möglichst viele Menschen zu verdeutlichen oder überhaupt erst herzustellen. In der aktuellen Forschung, wie in den MEMO-Studien „MEMO Deutschland – multidimensionaler Erinnerungsmonitor“ der Stiftung EVZ (Erinnerung, Verantwortung und Zukunft), wird deutlich, dass Erinnerungskultur heute insbesondere Multiperspektivität braucht.

Viele Menschen fühlen sich und ihre Fragen an die Vergangenheit und Zukunft in der Erinnerungskultur nicht repräsentiert. Versteht man Erinnerungskultur als Teil unserer Gesellschaft und ihrer Strukturen, so ist es nicht verwunderlich, dass der Mangel an Repräsentation insbesondere auch in anderen Gesellschaftsbereichen marginalisierte Personen, wie Menschen mit Migrationsbiografie, betrifft. Je mehr Menschen jedoch bei der Gestaltung von Erinnerungskultur partizipieren, desto mehr Perspektiven fließen ein und desto demokratischer ist dieser zentrale Bereich der kollektiven Identität unserer Gesellschaft gestaltet. So bleiben auch die Lehren, die wir für die historisch-politische Bildung aus der Geschichte ziehen, stets an aktuellen Fragen orientiert.

Die historisch-politische Bildungsarbeit des Schwerpunktes selbst muss partizipativ gestaltet sein: Wir müssen unterschiedliche Perspektiven hören, aufzeigen, diskutieren und in unserer Bildungsarbeit umsetzen. Jungen Menschen sollte vermittelt werden, wie sie ihre Interessen und Fragen in den Aushandlungsprozess kollektiver Erinnerung einbringen können. Veranstaltungen zum Thema sollten Fragen aufgreifen, die zur Partizipation anregen: Was ist mir wichtig beim Thema Erinnerungskultur? Welche Perspektiven fehlen in der Erinnerungskultur vor Ort? Wer trifft die Entscheidungen über Denkmäler, Gedenkveranstaltungen usw.? Wie kann ich an diesem Entscheidungsprozess teilnehmen?

Es wird deutlich: Partizipation ist ein entscheidender Faktor für eine zeitgemäße Erinnerungskultur sowie historisch-politische Bildung, die sich an den Fragen und Interessen ihrer Adressat*innen orientiert. —

Umbenennung des Nachtigalplatzes in Berlin in Manga-Bell-Platz. Der Name ehrt Rudolf und Emily Duala Manga Bell, die gegen die koloniale Fremdherrschaft der Deutschen in Kamerun gekämpft haben.
Bild: Joachim Zeller



Die sozial-ökologische Transformation mit ALLEN gestalten

Wenn die sozial-ökologische Transformation gelingen soll, müssen alle gesellschaftlichen Gruppen eingebunden und ernstgenommen werden. Warum das so ist und was das konkret bedeutet, schildert Robert Kläsener, Leitung des Schwerpunkts *Sozial-ökologische Transformation*.

Die gegenwärtigen Diskussionen um das Gebäudeenergiegesetz (GEG) zeigen exemplarisch die Hürden auf dem Weg der sozial-ökologischen Transformation. Hohe Belastungen und Kosten, aber auch der Widerstand, alte Muster und Überzeugungen loszulassen, bremsen den notwendigen Wandel aus. Dabei ist unbestritten: Um das 1,5-Grad-Ziel des Pariser Klimaabkommens zu halten, bedarf es dringend der Abkehr von fossilen Energieträgern. Gerade die Sektoren Gebäude und Verkehr müssen endlich die hohen Emissionen reduzieren, andernfalls wird die bis 2045 angestrebte Klimaneutralität der Bundesregierung nicht zu erreichen sein.

Doch das Wissen und die Einsicht in die geforderte ökologische und soziale Nachhaltigkeit allein führt nicht zu einem nachhaltigen Verhalten und einer anderen Politik. Zum einen werden durch die strukturellen Rahmenbedingungen häufig falsche

– nicht nachhaltige – Anreize gesetzt (das umstrittene GEG will dem durch Anreize für nachhaltige Heizmethoden begegnen). Zum anderen werden vermeintliche Wohlstandsverluste immer wieder gegen die Klimakrise ausgespielt. In der Folge werden notwendige strukturelle Veränderungen verschleppt und auf später verschoben.

Es braucht also eine hohe gesellschaftliche Akzeptanz der Transformation, eine dringliche Aufgabe der politischen Bildung. Dies verlangt, alle – insbesondere aber junge – gesellschaftliche Gruppen in den Blick zu nehmen und an der Lösung der ökologischen Krisen zu beteiligen. Ohne eine aktive Partizipation wird der geforderte Wandel durch (latente) Interessenkonflikte ausgebremst.

Wie es anders geht, zeigt der Klima-Bürger*innenrat der Region Freiburg. Er wird von der Katholischen Akademie Freiburg begleitet und soll Emp-



Zum Weiterlesen

Beispiele gelingender Transformation durch Beteiligung und deren Erfolgsfaktoren bietet das lesenswerte Buch:

Nanz, Patrizia/Lawrence, Mark/Renn, Ortwin/Meyer, Jakob (Hrsg.): Klimaschutz: Wissen und Handeln. Bonn 2021

Es wendet sich ausdrücklich auch an junge Leser*innen und schildert auf verständliche Weise, unter welchen Bedingungen Menschen ihre Verhaltensmuster ändern und künftige Generationen in der Politik viel stärker berücksichtigt werden können.

fehlungen zur klimagerechten Entwicklung der Region erarbeiten. Die Erfahrungen mit Bürger*innenräten zeigen, dass die Akzeptanz der Lösungsvorschläge innerhalb der Bevölkerung sehr viel größer ist als bei rein parlamentarisch erarbeiteten Lösungen. Wichtig ist es dann aber auch, dass die Vorschläge durch die Politik ernst genommen werden und in den Entscheidungsprozess der gewählten Mandatsträger*innen einfließen. Wie es nicht gemacht werden sollte, zeigt das Beispiel des Bürger*innenrats 2021 zur Klimapolitik in Frankreich. Hier hatte Emmanuel Macron den Bürger*innenrat Vorschläge für eine ambitionierte Klimapolitik erarbeiten lassen, davon jedoch nur einen Bruchteil in teils stark abgeschwächter Form umgesetzt. Diese Form der Scheinpartizipation quittierten einige der Beteiligten, indem sie ihre Arbeit für den Bürger*innenrat beendeten.

Partizipation ist ein wesentlicher Faktor, damit die sozial-ökologische Transformation gelingen kann. Dies zeigt sich ebenso exemplarisch am Erfolg von Bürger*innen-Energiegenossenschaften, die als Akteure der Energiewirtschaft das Ziel einer dezentralen, konzernunabhängigen und ökologischen Energiegewinnung verfolgen. Überall da, wo Men-

schen vor Ort an den Plänen einer ökologischen und nachhaltigen Energiegewinnung wie Windenergie oder Solarstromgewinnung (auch finanziell) beteiligt werden, herrscht eine hohe Akzeptanz der nachhaltigen Stromgewinnung. Sobald jedoch Pläne ohne direkte Beteiligung der betroffenen Gruppen umgesetzt werden sollen, entsteht schnell Unverständnis und Missmut. Das kann zu Reaktanz führen, also dem Eindruck, eingeschränkt zu sein und verlorene Freiheiten zurückgewinnen zu müssen.

Die Aufgabe der außerschulischen politischen Bildung ist hier, Kommunikationsstrategien gegen Desinformation im Bereich der sozial-ökologischen Transformation zu entwickeln, um anstehende Veränderungen zu benennen, Einflüsse, Zusammenhänge und Folgewirkungen aufzudecken. Sie sollte jungen Menschen wichtige Kompetenzen für Entscheidungen und Gestaltungsoptionen mitgeben, damit Transformationsprozesse nicht weiter als Bedrohung wahrgenommen, sondern auch als Chance einer aktiven Gestaltung begriffen werden.



Junge Menschen mehr und früher beteiligen

Die Partizipation von Jugendlichen nimmt ab. Das schwächt das Vertrauen in das demokratische System. Deshalb muss die Gesellschaft die Teilhabe möglichst früh fördern. Ein Plädoyer von Michael Westermann, Leitung des AKSB-Schwerpunkts *Jugendbeteiligung, Demokratie und Menschenrechte*.

Die bundesdeutsche Demokratie befindet sich in einer handfesten Krise. Die Partizipation in der Zivilgesellschaft nimmt ab und bringt etablierte Strukturen ins Wanken. Verbände, Gewerkschaften und Parteien beklagen seit Jahren einen Mitgliederschwund.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund hatte 2021 halb so viele Mitglieder wie 1991 (von 11,8 Millionen auf 5,7 Millionen). Ähnlich sieht es bei den Volksparteien aus: CDU und SPD hatten 1990 gemeinsam noch 1,7 Millionen Mitglieder. Ende 2022 waren es noch etwa 750.000. Die Ursachen sind hinlänglich bekannt: Der demografische Wandel führt zu einer veralteten Mitgliederschaft in den Organisationen. Traditionelle gesellschaftliche Milieus brechen auf und Corona hat auch hier Spuren hinterlassen.

Diese sinkende Partizipation birgt einige Risiken: Das Versprechen der Demokratie, dass die Bürger*innen ihren Staat mitgestalten können, wird angezweifelt und das System als Ganzes in Frage gestellt. Die SPD-nahe Friedrich-Ebert-Stiftung hat mit ihrer Studie „Demokratievertrauen in Krisenzeiten. Wie blicken die Menschen in Deutschland auf Politik, Institutionen und Gesellschaft?“ in diesem Jahr festgestellt, dass weniger als die Hälfte der Deutschen damit zufrieden sind, wie die Demokratie in unserem Land funktioniert. Gerade die Jugendlichen und jungen Erwachsenen verspüren ein Ohnmachtsgefühl. Eine repräsentative Studie der Vodafone-Stiftung aus dem Jahr 2022 („Hört uns zu! Wie junge Menschen die Politik in Deutschland und die Vertretung ihrer Interessen wahrnehmen“)

hat ergeben, dass weniger als ein Drittel der 14- bis 24-Jährigen das Gefühl hat, Politik beeinflussen zu können. Drei Viertel erleben die deutsche Demokratie als schwerfällig, was dazu führt, dass wiederum weniger als 30 Prozent Deutschland zutrauen, Klimawandel und soziale Ungerechtigkeit bis 2050 zu bewältigen.

Die klassischen Interessenvertretungen verlieren deshalb gerade bei den Jugendlichen und jungen Erwachsenen an Attraktivität. Stattdessen verzeichnen Bewegungen wie „Fridays for Future“ (FFF) oder die „Letzte Generation“ einen starken Zulauf. Hier bricht sich Bahn, dass die unter-30-Jährigen sich nicht repräsentiert und gehört fühlen. Die Jugend hat die Geduld verloren und wartet nicht auf den Marsch durch die Institutionen. Die neuen Bewegungen erhalten die Aufmerksamkeit der Medien und Menschen und entfalten damit eine stärkere Wirkung, beeinflussen die öffentliche Meinung und politische Entscheidungen. Sie sind damit effektiver und schneller als die klassischen NGOs und Lobbygruppen. Für diese Wirkung scheinen die Unterstützer*innen auch in Kauf zu nehmen, dass FFF und „Letzte Generation“ nicht demokratisch legitimiert sind. Die Partizipation in Deutschland wandelt sich. Die herkömmlichen Strukturen schrumpfen. Neue Gruppen und Formate entstehen und entwickeln sich.

Um der abnehmenden Beteiligung entgegenzuwirken, muss unsere Gesellschaft neue Antworten finden und neue Angebote schaffen. Die Bürger*innen



Bild: unsplash.com/S. H. Gue

müssen merken, dass ihr Tun einen Unterschied macht, dass ihre Meinung zählt und dass Teilhabe und Mitbestimmung notwendig sind. Und dies muss möglichst früh geschehen: Demokratiebildung muss bereits im Kindesalter beginnen. Werte wie Pluralismus, Selbstbestimmung, Solidarität und Beteiligung müssen frühzeitig gelernt und angewendet werden. Dafür müssen Kompetenzen vermittelt werden: Wie streiten wir richtig miteinander? Kenne ich meine Rechte, die Rechte meiner Mitmenschen und schätze ich sie wert? Wie entwickeln wir Verantwortung? Wie lernen wir zu diskutieren? Wo üben wir Beteiligung? Woher beziehe ich meine Informationen und wie ordne ich sie ein?

Gerade die Aufnahme, Verifizierung und Beurteilung von Informationen ist heute schwieriger als noch vor 30 Jahren. Gezielte Desinformationskampagnen von Verschwörungserzählenden sind eine reale Gefahr für unsere Demokratie. Sie verbreiten Fake News und sägen damit am demokratischen Grundpfeiler der faktenbasierten Öffentlichkeit. Daher spielt Medienkompetenz heute eine große Rolle und ist in einer digitalisierten Gesellschaft notwendiger denn je.

Der erste Anlaufpunkt zum Vermitteln all dieser Kompetenzen sind die verpflichtenden Einrichtungen Kindertagesstätte und Schule. Die Erzieher*innen und Lehrer*innen müssen Partizipation im Unterricht und in der Didaktik mitdenken, nicht nur als theoretischen, inhaltlichen Input, sondern als Methode. Vor allem das System Schule ist noch zu hierarchisch aufgebaut, der Unterricht zu frontal.

Eine breite Ansprache der Schüler*innen kann über die Schüler*innenvertretung (SV) geschehen. Damit wird die Brücke zur Schule geschlagen. In der SV-Arbeit können die jungen Menschen erfahren,

dass sie Verantwortung für sich und andere übernehmen und dass ihre Perspektiven und Ideen reale Änderungen bewirken – im Lebensraum Schule und darüber hinaus.

An anderen Stellen gelingt die Mitbestimmung durch Jugendliche schon besser. Gerade die Jugendverbände in Kirche, Sport und Ehrenamt sind gute Beispiele, wie junge Erwachsene sich bis hin zur Selbstverwaltung organisieren und autark arbeiten. Ein anderer Beteiligungsort kann das Jugendparlament sein. Wichtig ist hierbei, dass die Jugendbeteiligung wirkungsvoll ist und nicht bloß Dekoration: Entscheidungswege müssen transparent und klar sein, alle wichtigen Informationen zugänglich und die Jugendlichen mit Handlungsmacht und finanziellen Ressourcen ausgestattet werden. Zu effektiver Jugendbeteiligung gehört auch immer das Abgeben der Macht durch Erwachsene.

Damit Kinder und Jugendliche flächendeckend die notwendigen Fähigkeiten erwerben können, ist neben der Schule und Erfahrungen in der Jugendverbandsarbeit besonders auch die außerschulische politische Bildung gefragt. Sie fördert ein selbstständiges und eigenverantwortliches Handeln der Kinder und Jugendlichen. So früh wie möglich müssen niederschwellige und aufsuchende Angebote das politische Denken, Teilnehmungsformate und Teilhabemöglichkeiten fördern.

All diese Erfahrungen und Kompetenzen fallen jedoch nicht vom Himmel. Sie müssen offensiv von der Gesellschaft und der Regierung gefördert werden. Die Behörden in Bund, Land und den Kommunen müssen den Mehrwert und die Notwendigkeit von Partizipation in allen Bereichen der Gesellschaft anerkennen.

Von „Teil sein“ und „Teil werden“

Auch wenn es sich niemand eingestehen möchte: Unsere Gesellschaft selbst benachteiligt gewisse Menschen. Kristina Hamm, Leitung des Schwerpunkts Sozialstaat und Arbeitswelt, hält den Spiegel vor und zeigt Aufgaben und Möglichkeiten der (politischen) Bildung.

Partizipation ist eines der Schlüsselwörter in der politischen Bildung. Doch nicht nur dort. Es wird in den unterschiedlichsten Bereichen, Fachrichtungen und Zusammenhängen genutzt. Im Netz findet man zahlreiche Erklärungen und Definitionen. In unserem Grundgesetz (GG) wie auch im Sozialgesetzbuch (SGB) VIII wird Partizipation als Grundrecht und Grundprinzip von Selbstbildung verstanden. Und dies gilt natürlich auch für Kinder und Jugendliche.

Also worüber reden wir? Über eine Kompetenz, die es zu erlernen gilt? Oder ein Recht, dass jedem zusteht und für das die Gemeinschaft Sorge trägt, so dass jede*r partizipieren kann?

Die lateinische Übersetzung „Teilhabe“ setzt sich aus zwei Begriffen zusammen. Das erste Wort ist „Teil“: Jede*r ist von Geburt an Teil dieser Gesellschaft und hat das „Recht auf freie Entfaltung seiner Persönlichkeit“ (GG Art. 2). Dies kann und darf niemandem abgesprochen werden. Der zweite Begriff in „Teilhabe“ ist „haben“. Jede*r – unabhängig von Alter, Geschlecht, Religionszugehörigkeit, Nationalität oder anderem – hat das Recht, als solche*r behandelt und gesehen zu werden und Teil der Gemeinschaft zu sein. Doch ist das die Realität? Nehmen wir als Beispiel Niklas. Er ist fiktiv, stellt aber reale Lebensumstände dar:

Niklas ist 7 Jahre alt, hat eine ältere Schwester, 15 Jahre alt. Seine Mutter arbeitet sporadisch und ist alkoholkrank, ein Vater ist nicht vorhanden. Niklas wird morgens zur Schule geschickt und darf um 20.00 Uhr nach Hause kommen. Niklas ist auf sich allein gestellt. Er hat kein Geld und kaum etwas zu essen. In den Wintermonaten ist er nur unzureichend gekleidet. Niklas hat mit Kreide Hauswände bemalt und zum ersten Mal Aufmerksamkeit von Erwachsenen erfahren. Sie haben ihn beschimpft.

Ist Niklas Teil dieser Gesellschaft? Wird er als solcher gesehen?

Wenn wir Kinder und Jugendliche beschreiben, die sich in schwierigen Lagen befinden, klingt das oft so: „Kinder und Jugendliche, die benachteiligt sind, können/haben nicht ...“

Doch, sie haben! Sie haben ein Recht darauf, als Teil dieser Gesellschaft gesehen zu werden. Sie *sind* nicht benachteiligt, sie *werden* in unserer Gesellschaft, von uns, benachteiligt. Und genau diese Benachteiligung nimmt ihnen ihr Recht, ein Teil dieser Gesellschaft zu sein – zu partizipieren.

Dies ist sicherlich keine neue Erkenntnis, doch können wir uns nicht oft genug daran erinnern. Der negative Blick, die Defizitorientierung vernebelt oft die eigentlichen Themen, denen wir uns stellen müssen. Dies gilt auch in der politischen Kinder- und Jugendbildung. Wenn wir Partizipation als Grundrecht zur Selbstbildung verstehen, können wir den Blick nicht davon abwenden, dass in unserem Sozialstaat zahlreiche Menschengruppen benachteiligt werden und somit als kein (wichtiger) Teil der Gemeinschaft gesehen werden.

Mit den vorherrschenden gesellschaftlichen Verhältnissen und den Fragen nach Ursachen, Zusammenhängen und Formen von Unterdrückung und Ungerechtigkeit hat sich der Pädagoge Paulo Freire intensiv auseinandergesetzt. Die Beobachtung und Analyse von Strukturen von Ausgrenzung, Benachteiligung, Gewalt, fehlenden Chancen, fehlender Teilhabe der Armen hat sein Denken und seine Pädagogik geprägt. Er beschreibt, dass Apathie und Schweigen eine Überlebensstrategie in schwierigen sozialen Verhältnissen sind.

Grundlage seiner „befreienden“ Pädagogik ist, dass Menschen, die sich selbst als handlungsfähige Subjekte und ihre Umwelt und die Gesellschaft als gestaltbar und veränderbar begreifen, sich eher einmischen und für eine menschlichere Welt einsetzen werden. In diesem Sinne ist seine Pädagogik ein politischer Ansatz, der auf Praxis und Veränderung zielt.



Bild: unsplash.com/Rob_Tob

Doch wie kann sich Niklas als handlungsfähig wahrnehmen?

Der Psychologe Albert Bandura veröffentlichte in den 70er-Jahren seine Ausführungen zum Konzept der Selbstwirksamkeit. Im Kern beschreibt er, was wir alle kennen: Wer an sich glaubt, geht mit selbstbewussten Schritten durchs Leben und stellt sich seinen Schwierigkeiten. Bandura beschreibt vier Grundlagen, die dazu führen, dass Selbstwirksamkeit aufgebaut und gestärkt wird. Die erste und wichtigste ist die eigene direkte Erfahrung, etwas erreicht zu haben. An zweiter Stelle steht die Beobachtung entsprechender Erfahrungen bei anderen Personen, die einem selbst möglichst ähnlich sein sollten. Als dritte Grundlage beschreibt Bandura die Ermutigung durch andere im Sinne von „Ich weiß, dass du das kannst!“. Und als vierte Grundlage die positive Interpretation körperlicher Vorgänge, die auf eine emotionale Erregung hinweisen – wie etwa Herzklopfen in neuen Situationen, das als Versagensangst (negative Interpretation) oder als Enthusiasmus (positive Interpretation) gedeutet werden kann.

In welchen Zusammenhängen sind Kinder und Jugendliche in der Lage, ihre Selbstwirksamkeit zu entwickeln und zu stärken? Und was hat dies alles mit politischer Bildung und Partizipation zu tun?

Eine demokratische und soziale Gesellschaft braucht Menschen, die sich artikulieren und einmischen sowie eine Bildung, die dazu ermutigt und befähigt. Ermutigen und befähigen heißt, Kinder und Jugendliche in ihrer Handlungsfähigkeit zu stärken. Ebenso bedeutet es, unsere Konzepte und Angebote darauf auszurichten und dahingehend zu überprüfen. Sie müssen spüren, dass sie ein wichtiger Teil unserer Gesellschaft sind, dass Ausgrenzung und Benachteiligung systemisch begründet sind und die Ursachen nicht in ihren Persönlichkeiten liegen. Wir brauchen in unserer Arbeit eine veränderte Praxis. Bildung muss im Sinne Freires so angelegt sein, dass sie kritisches Bewusstsein schafft. Dies kann nach Bandura nur gelingen, wenn diese Bildung geprägt ist von Selbstwirksamkeitserfahrungen. Das bedeutet in unserer Arbeit, nicht zu vergessen, dass Partizipation „Teil sein“ und nicht „Teil werden“ bedeutet. ■



Zum Weiterlesen

Bandura, Albert: Self-efficacy: Toward a unifying theory of behavioral change. In: *Psychological Review*, 84 (2), 1977, S. 191–215

Barysch, Katrin Nicole: Selbstwirksamkeit. In: Frey, Dieter (Hrsg.): *Psychologie der Werte*. Berlin/Heidelberg 2016, S. 201–209

Bundeszentrale für politische Bildung (bpb): Das Politiklexikon. [digitale Veröffentlichung] bpb.de/kurz-knapp/lexika/politiklexikon/17998/partizipation/

Freire, Paulo: *Pädagogik der Unterdrückten. Bildung als Praxis der Freiheit*. Reinbek 1973, S. 9–23



Haste was, biste was: Über die Bedeutung von Chancen für Jugendliche mit Bildungsnachteilen

Der Soziologe Aladin El-Mafaalani spricht vom „Mythos der Chancengleichheit“ im deutschen Bildungssystem. Der folgende Text von Annika Breuer (AKSB-Projektleitung *Politisch bilden – Profession stärken!*) geht auf die Bedeutung von Chancen für bildungsbenachteiligte Jugendliche ein und zeigt, wie außerschulische politische Bildung eine Chance für sie sein kann.

Die SINUS-Jugendmilieustudie beschreibt auf anschauliche Art die Zielgruppe der bildungsbenachteiligten Jugendlichen. Angelehnt an die Habitus-Theorie Pierre Bourdieus werden die Lebenswelten der Jugendlichen in die Erhebung einbezogen. Das macht die Studie besonders brauchbar, um ein Bild zu erhalten:

Die Gruppe der bildungsbenachteiligten Jugendlichen ordnet sich hier vor allem dem Milieu der „Prekären“ zu. Dieses Jugendmilieu zeichnet sich besonders durch frühe Brüche in den Biografien der Jugendlichen aus, beispielsweise durch einen Schulverweis oder frühen Auszug aus dem Elternhaus. Die Biografie ist durchzogen von Misserfolgs-erlebnissen. Der Alltag der Angehörigen dieser Lebenswelt ist geprägt vom „Kampf um Normalität und Mithalten“.

Jugendliche aus dem prekären Milieu haben durch verschiedene, teils familiäre Risikolagen die schwie-

rigsten Startvoraussetzungen. Sie sind sich ihrer sozialen Benachteiligung bewusst. Da sie selbst von geringen Aufstiegschancen ausgehen, haben viele von ihnen das Gefühl, dass sich Leistung nicht lohne. Die Bedrohung durch Armut und die Erfahrungen, dass ihr Tun wirkungslos sei, steht der Möglichkeit entgegen, ein Gefühl von Selbstwirksamkeit zu entwickeln.

Jugendliche aus bildungsnahen Milieus werden dazu erzogen, dass ihnen Möglichkeiten offenstehen, etwa, nach Abschluss des Gymnasiums zu studieren. Jugendlichen aus bildungsfernen Schichten hingegen wird hier bereits gezeigt: „Mit deinem Abschluss ist es eher weniger möglich, ein Studium zu beginnen.“

Die Probleme, mit denen sich die Jugendlichen in ihrem Alltag auseinandersetzen müssen, resultieren jedoch nicht zwangsläufig aus der Bildungsferne.

Häufig sind ihre Chancen aufgrund von Stigmatisierung oder auch durch das starre Bildungssystem begrenzt. So spricht Aladin El-Mafaalani sogar vom „Mythos der Chancengleichheit“ im deutschen Bildungssystem: Im Vergleich haben Jugendliche aus höheren Bildungsniveaus mehr Chancen und mehr Menschen in ihrem Leben, die ihnen Chancen eröffnen können. Sei es durch das Elternhaus oder Programme wie Schul-AGs, über die sie sich Chancen erschließen und so Selbstwirksamkeit erfahren können.

Chancenarmen Jugendlichen aus Familien mit Bildungsnachteilen wird häufig unterstellt, dass sie sich „einfach nur mehr anstrengen müssten“, um eine höhere Bildung und damit die Lösung ihrer eigenen Probleme erreichen zu können. Dies entspricht aber nicht ihrer Lebensrealität.

Damit Jugendliche lernen können, ihre Chancen zu erkennen und zu ergreifen, ist es essenziell, dass sie im Laufe ihrer Entwicklung das Gefühl der Selbstwirksamkeit erhalten. Die außerschulische politische Bildungsarbeit kann für die Jugendlichen daher eine große Chance darstellen – außerhalb vom System Schule, in dem sie mit niedrigem Bildungsniveau als Scheiternde im System abgestempelt werden. Durch die Abgrenzung zum Schulalltag mit Unterricht und Benotung, können sich die Jugendlichen fernab des Systems mit ihren Stärken und Fähigkeiten wahrnehmen, die vielleicht nicht im Schulalltag zum Tragen kommen können. Die Zusammenhänge der sozialen Ungleichheit zu begreifen, kann zu einem (Selbst-)Empowerment führen. Die Erfahrung von Selbstwirksamkeit kann dann eine Gelegenheit bieten, die eigene Lebenssituation zu verbessern.

Meine, deine, unsere Lebenswelt

Zwei Punkte, die bei der Arbeit mit chancenarmen Jugendlichen grundlegend sind, sollen im Folgenden verdeutlicht werden: Zum einen das Bewusstsein für die habituellen Differenzen – also die Art, wie sich jemand gibt – und die Lebenswelt der Jugendlichen, zum anderen eine offene Haltung und ehrliches Interesse. Das Bewusstsein und die angemessene Reflexion der habituellen Differenzen lassen einen sensiblen Umgang mit den dadurch entstehenden Irritationen zu und öffnen so Räume für eine gemeinsame Kommunikation. Diese kann aber

nur gelingen, wenn man sich auch für die Themen der Jugendlichen interessiert.

Grundlage, um die habituellen Differenzen zu reflektieren, ist es, sich mit der Lebenswelt der Jugendlichen und den Differenzen zur eigenen Lebenswelt auseinanderzusetzen. Dazu zählen etwa die eigenen Erfahrungen und Privilegien, derer man sich bewusst sein muss. Zentral ist dabei allerdings die eigene Authentizität. Ziel ist es also nicht, sich den Jugendlichen anzugleichen, sondern sich der Unterschiede bewusst zu sein und diese anzuerkennen. Den Jugendlichen sind diese habituellen Differenzen bewusst. Sie äußern diese nicht immer direkt, haben aber ein feines Gespür dafür. Daher ist eine Reaktion auf die eigene Unglaubwürdigkeit unmittelbar zu erwarten.

Die Basis für eine gelungene politische Bildungsarbeit ist eine respektvolle, offene und ehrlich interessierte Haltung gegenüber den Jugendlichen und ihren Lebenswelten. Es braucht ein offenes Ohr für die Themen und Bedarfe der Jugendlichen. Dieses fehlt ihnen nämlich oft im Alltag: Jemand, der ihnen bewusst zuhört – und sie so gehört und auch gesehen werden. Denn auch hier ist ihnen sehr bewusst, wie häufig sie übersehen und übergangen werden. So wird doch eher verlangt, dass sich die Jugendlichen an ein Bildungsangebot anpassen, als dass das Bildungsangebot an die Bedürfnisse der Jugendlichen angepasst wird. Fühlen sich die Jugendlichen nicht zugehörig – werden ihre Themen also nicht gehört –, distanzieren sie sich häufiger selbst. Dies ist vor allem bei politischen Themen der Fall.

Desinteressiert oder abgehängt?

Viele Menschen unterstellen den Jugendlichen von vornherein eine gewisse Politikferne, ohne dabei zu bedenken, dass diese Gruppe der Jugendlichen auf politischer Ebene eigentlich nicht stattfindet.

Gezeigt haben dies vor allem die Folgen der Pandemie, waren doch Gymnasien und bildungsnahe Jugendliche schneller mit Tablet und Co. zumindest technisch bereit, am Online-Unterricht teilzunehmen. Laut Statistischem Bundesamt fehlten zu Beginn der Pandemie in 45 Prozent der Haushalte mit einem Haushaltsnettoeinkommen unter 2.000 Euro und mindestens einem Kind unter 18 Jahren Tablet oder Laptop, um am digitalen Unterricht teilzunehmen. Zwar stellten die Bildungsministerien im Zuge

von Sofortausstattungsprogrammen der Länder Endgeräte zu Verfügung, der bürokratische Prozess zog sich allerdings über Monate hin und kam für einige Schüler*innen zu spät.

Dies ist nur ein Beispiel dafür, wie chancenarme Jugendliche nicht in politischen Prozessen mitbedacht werden. Hier stellt sich also zu Recht die Frage: Warum wird von den Jugendlichen erwartet, dass sie politisch interessiert sind und partizipieren, wenn sie und ihre Lebenswelten nicht als Teil von Politik verstanden werden?

Außerschulische politische Bildung hat hier die Aufgabe, Brücken zur politischen Partizipation bei chancenarmen Jugendlichen zu schlagen. Wichtig ist es daher, die Jugendlichen als Expert*innen für ihre eigene Lebenswelt zu begreifen und wahrzunehmen, ihre Themen ernsthaft aufzunehmen und diese in der Planung und Konzeption von Formaten zu berücksichtigen.

Methoden und ihre Chancen

Die Methoden, die für die außerschulische politische Bildungsarbeit mit chancenarmen Jugendlichen ausgewählt werden, sollten die Interessen der Ju-

gendlichen aufgreifen. Die Themenbereiche sollten offen gestaltet und viel Raum für die Anliegen der Jugendlichen bieten. Zentrales Ziel der gewählten Methoden und Konzepte sollte – besonders für diese Zielgruppe – sein, Selbstwirksamkeitserfahrungen zu ermöglichen, also das Empfinden, die eigene Lebenssituation effektiv beeinflussen zu können. Dabei sollte es das Ziel sein, dass die Jugendlichen sich als Akteur*innen – auf politischer und persönlicher Ebene – ihrer Lebenswelt wahrnehmen und sie das Potenzial haben, diese Lebenswelten nachhaltig positiv verändern zu können. Kleinschrittige Methoden, verbunden mit Erfolgserlebnissen, sind besonders nutzbar für diese Zielgruppe. Haben sie Erfolgserlebnisse, kann das die Motivation der Jugendlichen wecken und fördern; auch hier weichen diese positiven Erlebnisse häufig von ihrer Lebenswelt ab.

Zusammengefasst lässt sich sagen:

Nehmen Jugendliche Fortschritt und Erfolg von Teilzielen wahr, erleben sie unmittelbar den Effekt der Selbstwirksamkeit. Dazu sollte immer wieder ein Bezug zur Lebenswelt der Jugendlichen gezogen werden, um diese Effekte in ihrem Alltag nutzbar zu machen.

Zum Weiterlesen

Bremer, Helmut/Lange-Vester, Andrea: Zur Entwicklung des Konzeptes sozialer Milieus und Mentalitäten. In: Bremer, Helmut/Lange-Vester, Andrea (Hrsg.): Soziale Milieus und Wandel der Sozialstruktur. Wiesbaden 2014, S. 13–41

Bürgin, Julika: Politische Bildung in der Sozialen Arbeit. In: sozialmagazin 42 (12), 2017, S. 68–74

Calmbach, Marc u. a. (Hrsg.): Wie ticken Jugendliche? Lebenswelten von Jugendlichen im Alter von 14 bis 17 Jahren in Deutschland. Bonn 2020

El-Mafaalani, Aladin : Mythos Bildung. Die ungerechte Gesellschaft, ihr Bildungssystem und seine Zukunft. Köln 2021

Hurrelmann, Klaus /Quenzel, Gudrun: Lebensphase Jugend. Eine Einführung in die sozialwissenschaftliche Jugendforschung. Basel 2016

Janssen, Annika: Die Bedeutung der Jogginghose für die politische Bildung. In: Katechetische Blätter 147, 1/2022, S. 11–14

Statistisches Bundesamt: Digitales Lernen nimmt stark zu. [digitale Veröffentlichung] https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2020/12/PD20_N081_63.html



Inklusion darf kein Randphänomen sein

Über die Lebensrealität von Menschen mit Behinderung, die Rolle von inklusiv ausgerichteter politischer Bildung und ihrem Potenzial, Partizipation für Menschen mit Behinderung zu ermöglichen. Ein Beitrag von Stefan Braun, Leitung des AKSB-Projektes *Wie geht Demokratie?*, und Stefanie Gebing-Menzen, Projektreferentin am Modellstandort Akademie Klausenhof (Hammerkeln).

Inklusion kann jede*r umsetzen, ob im Privatleben oder im Job. Wie der Inklusionsaktivist Raúl Krauthausen im Titel seines Buches resümiert: „Wer Inklusion will, findet einen Weg. Wer sie nicht will, findet Ausreden!“ Die politische Bildung kann dabei eine wichtige Rolle übernehmen.

Dass mangelnde Inklusion nach wie vor Lebensläufe prägt, macht das folgende Beispiel deutlich. Jonas, dessen Name von der Redaktion geändert wurde, ist sechs Jahre alt. Bei Jonas steht die Wahl der Grundschule bevor, aber die Überlegungen und Hürden, die gleich beschrieben werden, ziehen sich durch das gesamte Leben. Sein Schicksal steht für viele andere Menschen, die ähnliche Erfahrungen machen müssen.

Beispiel Schulwahl

Nach den Sommerferien beginnt für Jonas die Schule. Welche Schulform wird es werden? Mit dieser Frage setzen sich seine Eltern seit seiner Geburt auseinander. Denn Jonas hat Trisomie 21. Die Frage nach der richtigen Schule: Ist die überhaupt relevant, wenn – so der betreuende Kinderarzt zur Mutter kurz nach der Entbindung – sie doch froh sein könnten, wenn der Sohn irgendwann Müllmann wird – ohne diesen durchaus wichtigen Beruf abwerten zu wollen.

Welche Schule also: Die Förderschule? Der Direktor der Förderschule kann Jonas Lebensweg fast schon minutiös vom Schul- bis zum Renteneintritt voraussehen. Vermutlich, weil diesen Weg bereits so viele gegangen sind und noch immer gehen. Erst Förderschule, dann Werkstatt für Menschen mit Behinderung und ein Leben in einer stationären Wohngruppe. Er erwähnt zwar, dass die Möglichkeit einer Arbeit auf dem ersten Arbeitsmarkt besteht. Aber wie real ist diese Chance, sobald Jonas einmal Teil des Systems aus Sondereinrichtungen ist?

Alternativ kann Jonas an der nahegelegenen Montessori-Grund- und Gesamtschule – je nach individueller Begabung – drei unterschiedliche Schulabschlüsse erlangen. Durch soziales Miteinander, durch die Normalität eines gemeinsamen Lernens in einer tragfähigen Klassengemeinschaft von Kindern mit unterschiedlichen Leistungsvermögen und Begabungen werden die Potentiale der einzelnen Kinder individuell gefördert. Teil dieses Konzeptes ist die Einbeziehung aller beteiligten Akteur*innen. Das Kind muss in der Lage sein, zu kommunizieren und sich zu organisieren, die Eltern verpflichten sich, sich einzubringen, die Schule stellt einen hohen Betreuungsschlüssel von zwei Klassenlehrer*innen, einem oder einer Bundesfreiwillige*n (Bufdi) und Integrationshelfer*innen zur Verfügung.

Alltag in Sondereinrichtungen

Oft werden Menschen auf ihre Behinderung reduziert und als homogene Masse gesehen, die von der Norm abweicht. Daraus folgt die Praxis, Menschen in speziellen Einrichtungen auszusondern mit dem Ansatz, dass diese Gruppe lieber unter sich sei und Schonräume für sie geschaffen würden.

Das Leben von Menschen mit Behinderungen in Sondereinrichtungen verläuft in starren Bahnen, ihr Handlungsspielraum ist massiv beschränkt, die Entscheidungsfreiheit marginal. Die Entfaltung der eigenen Persönlichkeit ist hier zumeist schwierig, da diese den Strukturen im Heim unterliegt. Zur Wahrheit der Sondereinrichtungen als viel zitierte Schutzräume gehört auch, dass das Leben dort ein hohes Risiko birgt, physische, psychische oder sexualisierte Gewalt zu erfahren.

Als positive Beispiele können dagegen Finnland und Kanada dienen. Länder, in denen es keine Förderschulen gibt und gemeinsames Lernen selbstverständlich ist. Diese beiden Länder liegen übrigens in der Pisa-Studie regelmäßig vorne.



Als Schauspielerin und Aktivistin steht Neele Buchholz für ein Ziel der Inklusion: Dass freie Entfaltung auch für Menschen mit kognitiver Beeinträchtigung selbstverständlich sein sollte. Bild: Daniela Buchholz | Danielabuchholz.de

Zurück zu Jonas: Seine Eltern entscheiden sich für die Motessori-Schule. In der gelebten Diversität – die Klasse von Jonas besuchen bereits zwei weitere Kinder mit Trisomie 21 – erscheint Jonas nicht als der einzige „Exot“ (so seine Mutter) in der Klasse oder auf dem Schulhof. Er ist einer von vielen.

Jonas wird bis 13 Uhr in der Grundschule betreut. In dieser Zeit hat er die Möglichkeit, einige Förderprogramme zu absolvieren, wie etwa Physio- und Ergotherapie. Dies ist eine große Entlastung für seine Eltern – sie haben zwei weitere Kinder und sind beide berufstätig –, aber auch für Jonas. Da er die notwendigen Termine während der Schulzeit absolvieren kann, hat er Zeit für außerschulische Aktivitäten und kann sich mit anderen Kindern zum Spielen treffen.

Wichtig ist den Eltern, dass Jonas in der Schule Inhalte vermittelt werden – Lesen, Schreiben, Rechnen und vieles mehr, was in der Förderschule nicht immer der Fall ist, da hier vielfach an erster Stelle die Vermittlung von praktischen Kompetenzen im Vordergrund steht.

Wunsch, Wille und Recht

Die Schulwahl kann jede Familie nach ihrem Wunsch und Willen treffen. Es ist nicht verpflichtend,

eine Sondereinrichtung zu besuchen. Seit 2009 sind die Behindertenrechtskonvention und die damit einhergehende Inklusion geltendes Recht in Deutschland. Viele Menschen mit Behinderung sind sich aber ihrer Rechte gar nicht bewusst oder sie werden durch aktuelle Strukturen daran gehindert.

Die Bundesrepublik Deutschland hat sich mit der Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention zu diesen Rechten bekannt. Das Vertragswerk gewährleistet die Gleichheit von Menschen mit und ohne Behinderung und garantiert darüber hinaus die Möglichkeit einer unabhängigen Lebensführung und Einbindung in die Gesellschaft. Dabei stehen vor allem Grundrechte inklusive des Wahlrechts und die Garantie voll umfänglicher Teilhabe für Menschen mit Behinderung im Fokus.

Mit der Konvention bekennt sich die Bundesregierung auch dazu, dass Menschen mit Behinderung im Sinne der Chancengleichheit ein ihren Bedürfnissen angemessener Platz im Bildungssystem zu steht und sie entsprechend gefördert und bestärkt werden. Inklusion ist daher ein Menschenrecht. Aber dies spielt eher am Rande eine Rolle. Meistens ist Menschen mit Behinderung gar nicht klar, welche Rechte sie haben und wann sie selbst Entscheidungen treffen können.

Bedeutung für die politische Bildungsarbeit

Daraus lassen sich Ziele für die Arbeit einer inklusiv ausgerichteten politischen Bildung ableiten. Drei Stichworte stehen bei der inklusiv ausgerichteten politischen Bildung innerhalb der AKSB im Mittelpunkt.

Lebensweltorientierung: Wie bei jedem Angebot der politischen Bildung ist es wichtig, Teilnehmende bei ihren Alltagsbedürfnissen abzuholen und auf diese einzugehen. Das ist bisher oft nicht der Fall.

Informieren: Seit dem Bundestagsbeschluss im Jahr 2019, der Menschen unter Vollbetreuung das Wahlrecht zuspricht, dürfen Menschen mit kognitiven Beeinträchtigungen wählen. Doch benötigen sie Informationen und vor allem Referent*innen, die diese Informationen verständlich vermitteln. Das Stichwort des personalen Angebotes ist hier von entscheidender Bedeutung. Es braucht engagierte Menschen, um diese Informationen zu vermitteln.

Partizipation: Politische Bildung muss Partizipation im Sinne von Teilhabe als ihr oberstes Ziel verfolgen. Dazu muss die Zielgruppe befähigt werden, sich für ihre eigenen Bedürfnisse einzusetzen und nicht an den Ausreden anderer zu scheitern. Die Menschen müssen ermutigt werden, sich einzusetzen. Der Begriff „Ermutigen“ verdeutlicht, dass es der Zielgruppe nicht an Fähigkeiten mangelt, sich zu beteiligen. Vielmehr muss der Finger auf die entsprechende Wunde in der Gesellschaft gelegt werden. Menschen mit kognitiven Einschränkungen werden von anderen Menschen daran gehindert, für ihre eigenen Rechte einzutreten. Häufig auch unter einem Deckmantel der Fürsorge. Daher ist ein wichtiges Anliegen inklusiv ausgerichteter politischer

Bildung, Menschen mit Behinderung anzusprechen und Barrieren abzubauen, indem primär Bezugspersonen und sekundär alle Teile der Gesellschaft dafür sensibilisiert werden, Teilhabe zu ermöglichen und darauf zu vertrauen, dass diese gelingt.

Praktische Ansätze

Diesen Zielen widmet sich das AKSB-Modellprojekt *Wie geht Demokratie?*, gefördert durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) im Bundesprogramm „Demokratie leben!“.

In Angeboten im Rahmen des Projekts machen Menschen mit kognitiven Einschränkungen zwei wichtige Erfahrungen: Erstens, dass ihre Bedürfnisse und Meinungen ernst genommen werden. Zweitens wird ihnen deutlich, dass sie selbst etwas bewegen können, und sie verstehen, wie dies möglich ist. Vielfach wollen die Teilnehmenden mehr über ihre Grundrechte im Allgemeinen und die Behindertenrechtskonvention im Speziellen erfahren.

Mit verschiedenen Methoden wird Teilhabe ermöglicht. Durch Exkursionen in den Landtag und in Gesprächen mit Politiker*innen, aber auch durch den Kontakt mit Menschen ohne Behinderung, etwa bei Workshop-Formaten im Wohnquartier, kann die Zielgruppe ihre Wünsche und Träume von einem guten Leben einbringen und findet Gehör. Die Arbeit des Projektes schafft es, Menschen mit kognitiven Einschränkungen zu ermutigen, Anwält*innen ihrer eigenen Sache zu werden. Uns als Gesellschaft obliegt der Auftrag, alle Menschen ernst zu nehmen und ihrem Wunsch nach Teilhabe nicht im Weg zu stehen. Inklusion darf kein Randphänomen sein.

Zum Weiterlesen

Aguayo-Krauthausen, Raúl: Wer Inklusion will, findet einen Weg. Wer sie nicht will, findet Ausreden. Hamburg 2023

AKSB-Projekt *Wie geht Demokratie?* [digitale Veröffentlichung]
aksb.de/themen/projekte/wie-geht-demokratie

Krauthausen, Raúl: Ist Inklusion eine Utopie? [Videobeitrag auf YouTube]
youtube.com/watch?v=naU6OcijQpM

Praetor Verlagsgesellschaft: UN-Behindertenrechtskonvention. [digitale Veröffentlichung]
behindertenrechtskonvention.info

Wahl, Hannah: Radikale Inklusion – Ein Plädoyer für Gerechtigkeit. Graz/Wien/Berlin 2023

Partizipation, die

[lat.: Teilhabe]

P. bezeichnet die aktive Beteiligung der Bürger*innen bei der Erledigung der gemeinsamen (politischen) Angelegenheiten bzw. der Mitglieder einer Organisation, einer Gruppe, eines Vereins etc. an den gemeinsamen Angelegenheiten.

Impressum

Hrsg.: AKSB – Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke in der Bundesrepublik Deutschland e. V., Bonn.

Erscheinungsdatum: 15. Juli 2023

© 2023 AKSB – Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke in der Bundesrepublik Deutschland e. V., Heilsbachstr. 6, 53123 Bonn.

Diese Veröffentlichung wurde aus Mitteln des Kinder- und Jugendplans des Bundes durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) gefördert.

Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Auflage: 1.000 Exemplare
ISSN: 0937-8383

Verantwortlich: Andrea Rühmann

Redaktion: Claudia Krupp

Unter der Mitarbeit von:

Stefan Braun, Annika Breuer, Eileen Eisenhut, Stefanie Gebing-Menzen, Kristina Hamm, Frieda Philine Himstedt, Robert Kläsener, Markus Schuck, Michael Westermann

Grafische Gestaltung: deus werbung, Scheidter Straße 23, 42653 Solingen.

Gesamtherstellung: DCM Druck Center Meckenheim GmbH, Werner-von-Siemens-Str. 13, 53340 Meckenheim.



wertevoll
politisch
bilden AKSB.de